

Freiwillige Angaben zum Zweck der Ermöglichung einer Bonitätsprüfung nach einer erfolgten Belehrung über den Umfang und die Dauer der Haftung sowie der Strafbarkeit falscher Angaben.

Der Antrag ist persönlich unter Vorlage der folgenden Unterlagen einzureichen:

- Reisepass oder Personalausweis des Verpflichtungserklärenden
- Einkommensnachweis über durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen (z.B. 3 Lohnzettel, Rentenbescheid, Steuerbescheid bei selbständigen, etc.), ersatzweise kann für Besuchseinladungen auch eine Sicherheitsleistung in Höhe von 2600,- € je eingeladener Person hinterlegt werden.

Ich, der Unterzeichner (Gastgeber)

Name: _____
Vorname: _____
Geburtstag und -ort: _____
Staatsangehörigkeit: _____
Ausweis-/ Pass-Nr.: _____
Adresse (Ort/ Straße): _____
Beruf: _____
Arbeitgeber: _____
beschäftigt seit: _____

Einkommen:

Nettoeinkommen: _____ €
Sonstiges Einkommen: _____ € (z. B. Mieteinnahmen)
Kreditverpflichtungen: _____ €
Sonstige Verpflichtungen: _____ €

Ausgaben:

Ich komme für _____ Personen (Ehefrau, Kinder, etc), die mit mir in häuslicher Gemeinschaft leben, finanziell auf.

Name, Vorname: _____ mtl. Einkommen: _____ €
Name, Vorname: _____ mtl. Einkommen: _____ €

Darüber hinaus komme ich für weitere Personen finanziell auf (Unterhalt für Familienangehörigen z.B. Kinder, Eltern, Exfrau, etc.)

Name, Vorname: _____ mtl. Betrag: _____ €
Name, Vorname: _____ mtl. Betrag: _____ €

verpflichte mich gegenüber der Ausländerbehörde/ Auslandsvertretung für (Ausländer/Besucher)

Name: _____
Vorname: _____
Geburtstag und -ort: _____
Staatsangehörigkeit: _____
Reisepass Nr.: _____
Wohnhaft in: _____

und folgende sie/ ihn begleitenden Personen

Ehegatte:

Name, Vorname, Geburtstag: _____

Kinder:

Name, Vorname, Geburtstag: _____

Name, Vorname, Geburtstag: _____

Name, Vorname, Geburtstag: _____

Verwandtschaftsbeziehung zum Ausländer/Besucher: _____

Aufenthaltszweck: _____

Die Einreise soll voraussichtlich am _____ erfolgen.

Es ist ein Aufenthalt von _____ Tagen Wochen Monaten Jahren geplant.

Anschrift der Wohnung, in der die Unterkunft sichergestellt wird, falls abweichend vom gewöhnlichen Wohnsitz des Unterkunftsgebers:

PLZ, Ort, Straße, Hausnummer

Ich habe innerhalb der letzten 6 Monate folgende Verpflichtungserklärungen abgegeben:

(Ort und Datum)

(Unterschrift des Verpflichtenden)

Erklärung des Verpflichtungsgebers vor der Ausländerbehörde Eichstätt zur Abgabe der Verpflichtungserklärung

vom: _____

Nr.: _____ (Wird von der Behörde ausgefüllt)

„Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat oder im Hotel) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungsgeber hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreisepflicht nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den gesamten sich der Einreise anschließenden Aufenthalt, auch auf Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts.

Im Regelfall endet die Verpflichtung mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltsweg durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde.

3. Vollstreckbarkeit

Die aufgewendeten öffentlichen Mittel können im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

4. Freiwilligkeit der Angaben

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde von der Ausländerbehörde / Auslandsvertretung auf den Umfang und die Dauer der Haftung hingewiesen, die Möglichkeit von Versicherungsschutz sowie die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z. B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Absatz 2 Nummer 2h AufenthV gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.“

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

Unterschrift des sich Verpflichtenden:

Datum, Name, Vorname